



**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 04.06.2018

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 24.04.2018, 16:10 Uhr bis 18:40 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Rafael Christof Struwe	SPD
Frau Katharina Welcker	CDU
Frau Susanne Bercher-Hiss	GRÜNE
Herr Wilfried Becker	SPD
Frau Polina Frebel	SPD
Herr Karl-Heinz Walter	SPD
Frau Margret Dresler-Graf	CDU
Herr Stefan Götz	CDU
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE
Herr Dr. Rolf Albach	FDP

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Tobias Scholz	Gute Wählergruppe Köln
--------------------	------------------------

Beratende Mitglieder

Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Nebil Bayrakçioğlu	GK
Herr Frank Feles	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Barbara Albat	SPD
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD
Herr Sönke Geske	SPD
Herr Dr. Johannes Zischler	auf Vorschlag der CDU
Herr Bezirksbürgermeister Reinhard Zöllner	CDU
Herr Dr. Volker Ermer	auf Vorschlag der Grünen

Frau Prof. Dr. rer. nat. Anna Mikecz von	auf Vorschlag der Grünen
Frau Elisabeth Lange	auf Vorschlag der Fraktion Die Linke.
Herr Matthias Pergande	FDP
Herr Stephan Wieneritsch	FDP
Herr Viktor Grimm	auf Vorschlag der AfD-Fraktion

Verwaltung

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau	Beigeordneter des Dezernates V - Soziales, Integration und Umwelt
Herr Dr. Joachim Bauer	Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Christina Brammen-Petry	Umwelt und Verbraucherschutzamt
Herr Manfred Kaune	Leiter des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Anke Ludwig	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt
Herr Konrad Peschen	Leiter des Umwelt-und Verbraucherschutzamtes

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge-Oswald	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
----------------------------	----------------------------------

Gäste

Herr Michael Nawroth	Gebäudewirtschaft der Stadt Köln	zu TOP 1.1.1 und 7.5
Herr Gregor Timmer	Sportamt	zu TOP 7.1

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Robert Schallehn	GRÜNE
-----------------------	-------

Beratende Mitglieder

Herr Helmut Jung	CDU
------------------	-----

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Dr. Gerhard Haider	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Eugen Litvinov	

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Struwe begrüßt alle Anwesenden aus Politik und Verwaltung sowie alle Gäste zur Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün / Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln.

Er macht auf die Zu- und Absetzungen der Tagesordnungen sowie auf die anwesenden Gäste in beiden Ausschüssen¹ aufmerksam.

Die Anfragen unter TOP 1.4, 1.5 und 1.6 im AUG werden voraussichtlich in der nächsten Sitzung beantwortet.

Zu den Vorlagen den Kalkberg betreffend sei er gebeten worden, TOP 7.3 vorzuziehen unter TOP 2.1 zu behandeln.

Die Vorschläge finden allgemeine Zustimmung. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

Der Ausschussvorsitzende stellt beide so geänderten Tagesordnungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig angenommen, so dass sich im Ausschuss Umwelt und Grün folgende Tagesordnung ergibt:²

¹ s. Anwesenheitsliste S. 2 der jeweiligen Niederschrift

² Tagesordnung Betriebsausschuss siehe Niederschrift Betriebsausschuss

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln

B Gleichstellungsrelevante Themen

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

1.1 Anfrage der SPD-Fraktion
betreffend
Betrieb städtischer Gebäude im Passivhaus-Standard
AN/1490/2017

1.1.1 Beantwortung der Anfrage
0537/2018

1.2 Anfrage der SPD-Fraktion
betreffend
Würdevoller Umgang mit der Asche Verstorbener nach einer Kremierung
AN/0341/2018

1.2.1 Beantwortung der Anfrage
Würdevoller Umgang mit der Asche Verstorbener nach einer Kremierung
(AN/0341/2018)
1241/2018

1.3 Anfrage der SPD-Fraktion
betreffend
Erstellung eines Gutachtens zur zukünftigen Ausrichtung der städtischen Friedhöfe
AN/0373/2018

1.3.1 Beantwortung einer Anfrage gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates in Bezug auf die Erstellung eines Gutachtens zur zukünftigen Ausrichtung der städtischen Friedhöfe
1089/2018

1.4 Anfrage der Fraktion Die Linke
betreffend
kommunale Maßnahmen zur Luftreinhaltung
AN/0523/2018

- 1.5 Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke
betreffend
Gräber von Max Reichpietsch und Albin Köbis
AN/0592/2018
- 1.6 Anfrage der CDU-Fraktion
betreffend
Binnenschifffahrt und Luftreinhalteplanung
AN/0610/2018
- 1.7 Anfrage der SPD-Fraktion
betreffend
Kölner Umweltzone
AN/0046/2018
- 1.7.1 Beantwortung der Anfrage AN/0046/2018 der SPD-Fraktion im Kölner Rat
vom 12.01.2018 zum Thema "Kölner Umweltzone"
0218/2018

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

- 2.1 Antrag der Fraktion Die Linke
betreffend
Analyse verschiedener Kleinrammbohrungen (KRB) aus dem Kalkberg
AN/0297/2018
- 2.1.1 Kalkberg - Analyse verschiedener Kleinrammbohrungen
0816/2018
von der Verwaltung zurückgezogen
- 2.1.2 Kalkberg
Stellungnahme zum Antrag der Fraktion DIE LINKE: Analyse verschiedener
Kleinrammbohrungen (KRB) aus dem Kalkberg
1276/2018
- 7.3 Detailuntersuchung des Grundwassers im Umfeld des Kalkbergs
Gefährdungsabschätzung aller Wirkungspfade zur Altlast Kalkberg
0780/2018
- 2.2 Antrag der Fraktion Die Linke
betreffend
Bessere Erfassung der Feinstäube in Köln
AN/0298/2018
- 2.2.1 Bessere Erfassung der Feinstäube in Köln (AN/0298/2018)
Stellungnahme zum Antrag der Fraktion Die Linke
0939/2018

3 Kommunaler Klimaschutz

- 3.1 Sachstandsmitteilung zur Braunkohleverbrennung in Merkenich
1039/2018
- 3.2 Jahresbericht 2017 der Koordinationsstelle Klimaschutz
1050/2018

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

- 4.1 Stadtklima-/ Stadtverschönerungsprogramm 2017 - Bäume, Brunnen, Blumen
und Gewässer im Stadtbezirk Porz
0725/2018
- 4.2 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2017 - Bäume, Brunnen, Blumen
und Gewässer im Bezirk Chorweiler
0823/2018
- 4.3 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm - Bäume, Brunnen und Gewässer
im Bezirk Nippes
0899/2018
- 4.4 Politische Zusetzungen für den Fachbereich Umwelt und Grün (erster Teil
2018);
hier: Mittelfreigaben im Teilergebnisplan 1301 Öffentliches Grün, Wald- und
Forstwirtschaft
3947/2017
- 4.5 Ersatzbeschaffung von 8 Kolonnenfahrzeugen für den Bereich "Grünunterhal-
tung"
hier: Bedarfsfeststellung und Freigabe einer investiven Auszahlungsermächti-
gung
0741/2018
- 4.6 Neubeschaffung von Fahrzeugen sowie Maschinen und Geräten für zwei zu-
sätzliche Kolonnen "Straßenbegleitgrün"
hier: Bedarfsfeststellung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächti-
gungen
0750/2018
- 4.7 Bewerbung des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen für das Label
"StadtGrün naturnah"
0967/2018

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

7 Mitteilungen

- 7.1 Zustand der Schießsportanlage Hubertusweg - Kündigung des Mietvertrages 3744/2017
- 7.2 Dritter "Wald für Köln" in Lindweiler
Projekt zur Klimaanpassung
0900/2018
- 7.3 s. unter TOP 2.1.2
- 7.4 Förderung der Elektromobilität - Was tut die Verwaltung?
hier: Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 05.03.2018, TOP 5.2.3
0936/2018
- 7.5 Energiebericht 2017:
Verbrauchs- und Kostenstatistik 2016/Sachstand Energiemanagementkonzept 2017
1182/2018

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

9 Mündliche Anfragen

- 9.1 Mündliche Anfrage von Herrn Brust
betreffend
Asphaltierung von Fuß- und Radwegen im Äußeren Grüngürtel
- 9.2 Mündliche Erinnerung von Herrn Becker
betreffend
Terminplanung hinsichtlich Biodiversität
- 9.3 Mündliche Anfrage von Frau Dr. von Mikecz
betreffend
Rodung eines Gehölzbegleitstreifens entlang der Neusser Landstraße
- 9.4 Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Albach
betreffend
Planung Grünfläche am Eifelwall

II. Nichtöffentlicher Teil

- 10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 12 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 13 Vergaben**
- 14 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 15 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 16 Mitteilungen**
- 17 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 18 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln

Ausschussvorsitzender RM Herr Struwe verpflichtet Herrn Tobias Scholz, seine Aufgabe als Mitglied des Ausschusses Umwelt und Grün / Betriebsausschusses für Abfallwirtschaft der Stadt Köln mit beratender Stimme gem. § 58 GO NW, nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes NRW und die Gesetze zu beachten und seine Pflichten zum Wohl der Stadt Köln zu erfüllen.

B Gleichstellungsrelevante Themen

Hierzu liegt nichts vor.

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

1.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend Betrieb städtischer Gebäude im Passivhaus-Standard AN/1490/2017

1.1.1 Beantwortung der Anfrage 0537/2018

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

1.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend Würdevoller Umgang mit der Asche Verstorbener nach einer Kremierung AN/0341/2018

1.2.1 Beantwortung der Anfrage 1241/2018

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

1.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend Erstellung eines Gutachtens zur zukünftigen Ausrichtung der städtischen Friedhöfe AN/0373/2018

1.3.1 Beantwortung der Anfrage 1089/2018

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.4 Anfrage der Fraktion Die Linke
betreffend
kommunale Maßnahmen zur Luftreinhaltung
AN/0523/2018**

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

**1.5 Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke
betreffend
Gräber von Max Reichpietsch und Albin Köbis
AN/0592/2018**

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

**1.6 Anfrage der CDU-Fraktion
betreffend
Binnenschifffahrt und Luftreinhalteplanung
AN/0610/2018**

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

**1.7 Anfrage der SPD-Fraktion
betreffend
Kölner Umweltzone
AN/0046/2018**

**1.7.1 Beantwortung der Anfrage
0218/2018**

Die Beantwortung der mündlichen Nachfrage von SB Herrn Becker erfolgt lt. Zusage der Fachverwaltung in der nächsten Sitzung.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

**2.1 Antrag der Fraktion Die Linke
betreffend
Analyse verschiedener Kleinrammbohrungen (KRB) aus dem Kalkberg
AN/0297/2018**

**2.1.1 Kalkberg
Stellungnahme zum Antrag der Fraktion DIE LINKE: Analyse verschie-
dener Kleinrammbohrungen (KRB) aus dem Kalkberg
0816/2018
von der Verwaltung zurückgezogen**

**2.1.2 Kalkberg
Stellungnahme zum Antrag der Fraktion DIE LINKE: Analyse verschie-
dener Kleinrammbohrungen (KRB) aus dem Kalkberg
1276/2018**

7.3 Detailuntersuchung des Grundwassers im Umfeld des Kalkbergs Gefährdungsabschätzung aller Wirkungspfade zur Altlast Kalkberg 0780/2018

RM Frau Frebel bemerkt kritisch, dass das Gutachten bereits seit Dezember 2017 vorliege und die Verwaltung noch im März mitgeteilt habe, dass vom Kalkberg keine Gefahr ausgehe. Tatsächlich seien jedoch lt. aktueller Mitteilung Schadstoffe im Grundwasser vorhanden, die von verschiedenen Orten kämen. Das bedeute, dass deren Beseitigung mit technischen Mitteln nicht zu beheben sei. Sie möchte wissen, welche Untersuchungen noch nicht abgeschlossen seien und wie die Gesundheit der Anwohner/Innen zu schützen sei.

Frau Brammen-Petry informiert darüber, dass die Umweltverwaltung seit 3 bis 4 Jahren Untersuchungen durchführe, um die Gefahren für das Grundwasser zu ermitteln. Sie bestätigt, dass es mehrere identifizierte Quellen gebe. Die Hauptquelle für die Cyanide im Grundwasser liege unterhalb des Kalkbergs. Dort seien vor Jahrzehnten mehrere Gruben mit Materialien verfüllt worden, die Cyanid enthielten. Diese Gruben befänden sich im Grundwasserschwankungsbereich und die Cyanide haben sich aus dem Grundwasserschwankungsbereich nach unten verlagert und werden mit dem Grundwasserstrom mitgenommen.

Das Grundwasser werde noch lange Jahre regelmäßig untersucht. Man gehe aber davon aus, dass keine „bösen Überraschungen“ zu erwarten seien. Geplant sei, das Grundwasser halbjährlich mit unterschiedlichem Parameterumfang zu untersuchen.

Wenn der Kalkberg stabilisiert und abgedichtet sei, bestehe keine Gefahr für Menschen, da sie außer an der Südböschung nicht mehr mit seinem Inhalt in Kontakt kommen können. Aber auch hier könne man Gefahren ausschließen. In dem Zusammenhang stünden noch Oberbodenuntersuchungen aus

Für eine Gefährdungsabschätzung seien die Untersuchungen abgeschlossen.

SE Frau Lange begrüßt die Grundwasseruntersuchungen. Laut Gutachter seien vier Quellen für die Cyanidbelastungen möglich, so dass die ursächliche Quelle anscheinend noch nicht genau festgestellt worden sei. Daher reiche es der Fraktion Die Linke nicht, dass bisher nur 2 der umfangreich durchgeführten Bohrungen untersucht worden seien.

Die Anwohnerinnen und Anwohner sorgten sich zu Recht, da der Berg offen liege, Winde den Staub verwehten und bisher kaum Berieselungen stattgefunden hätten. Frau Lange fragt, wie dies in Zukunft gehandhabt werde, wenn Trockenheit herrsche und warum das gesamte Grün entfernt worden sei.

Außerdem stehe im Gutachten etwas über „Kuppenentwässerung“. Frau Lange bittet, dies genauer zu erläutern.

Frau Brammen-Petry betont, es sei Stand der Technik, das Grundwasser direkt zu untersuchen, wenn Gefahren im Grundwasser befürchtet werden.

Man habe historische Daten ausgewertet und den Grundwasserschwankungsbereich durch einen zugelassenen Sachverständigen untersuchen lassen, sodass mit großer Sicherheit gesagt werden könne, dass die Grundwasserbelastungen aus den Bereichen unterhalb des Kalkbergs kommen.

Das Trinkwasser sei nicht betroffen, da im Bereich der Cyanidfahne keine Nutzung und Grundwasserentnahme erfolge.

Die Verwehung von Staub habe in der Vergangenheit nicht immer 100 %-ig verhindert werden können, man werde dies aber erneut an die verantwortliche Stelle weiter ge-

ben. Auch die Nachfrage zu den Gründen für die Entfernung des Grünbewuchses werde man an die zuständige Stelle weiterleiten.

Die Kuppe des Kalkberges besaß eine Lehmabdeckung, die man im Zuge der Baumaßnahme Hubschrauberbetriebsstation teilweise durch eine Kunststoffbahn ersetzt habe. Im Zuge der Haldenstabilisierung durch das Amt für Brücken und Stadtbahnbau werde nun die Entwässerung neu geordnet. Anfallendes Niederschlagswasser wird in zwei Versickerungsanlagen eingeleitet, so dass das gesamte Niederschlagswasser in die entsprechenden Versickerungsanlagen entwässert werde.

SB Herr Dr. Albach spricht sich ebenfalls für eine schnelle Abdichtung aus, da die Konzentration von Cyanid im Grundwasser ohne Abdichtung inzwischen wieder so hoch sei, dass sichergestellt werden müsse, dass das Grundwasser für niemanden zugänglich sei.

Er möchte wissen, wie die Untersuchungs-Brunnen gesichert sind und spricht die Situation des Baugebietes in Mülheim-Süd an, in dem ebenfalls sichergestellt werden müsse, dass bei Ausschachtungsarbeiten keine Gefahr durch das vergiftete Grundwasser bestehe. Herr Dr. Albach fragt, wer hierfür verantwortlich zeichne.

SB Herr Becker vermisst im Gutachten eine Aussage über die Gefährdungsabschätzung zu den Cyanidwerten und bittet, den Unterschied zwischen Gramm pro Tag und Milligramm pro Liter zu erklären.

Frau Brammen-Petry erläutert, dass die Bezeichnung g/Tag eine Fracht sei, also der Anteil, der tatsächlich pro Tag „unterwegs“ sei und dass mit mg/l die Konzentration gemeint sei. Eine Gefährdung für die Menschen sei nicht vorhanden, weil diese nicht in Kontakt mit dem Grundwasser kämen.

Die 27 Grundwassermessstellen seien mit einer Sebakappe und einem Sechskantschlüssel gesichert und der Flurabstand zum Grundwasser betrage rund 8 Meter, so dass man ohne entsprechendes Werkzeug und Hilfsmittel nicht an das Wasser komme. Auch in Mülheim-Süd betrage der Flurabstand 8 bis 10 Meter, so dass mit einer normalen Unterkellerung keine Gefahr bestehe. Wenn im Rahmen der Baumaßnahme zu befürchten sei, dass dort im Grundwasserbereich gebaut werde, werde üblicherweise eine Wasserhaltung betrieben und das Wasser abgepumpt oder ferngehalten.

Außerdem werde das Umweltamt bei allen Baumaßnahmen im Bereich Mülheim-Süd beteiligt.

RM Herr Brust verweist auf Seite 3 der Mitteilung unten, in der es heiße, dass auf der Westböschung keine Kunststoffabdeckung, sondern nur eine mineralische Abdichtung erfolge. Er habe gedacht, dass der gesamte Kalkberg mit Kunststoff abgedichtet werde.

Frau Brammen-Petry antwortet, dass in diesem Bereich mit der Stabilisierung der Halde begonnen worden und das damalige Mittel der Wahl eine Oberflächenabdichtung aus Lehm gewesen sei. Für die weiteren Bauabschnitte sei auf Kunststoff umgeschwenkt worden, was aus Sicht des Umweltamtes gleichwertig gewesen sei.

Auf Nachfrage von Herrn Brust, warum jetzt laut Ratsvorlage die Südböschung wieder geöffnet werden soll, um sie mit einer Kunststoffbahn abzudichten, erklärt Frau Brammen-Petry, dass die verschiedenen Bereiche unterschiedlich zu betrachten seien.

Für den ersten Bauabschnitt der Stabilisierung an der Westböschung habe man bindigen Boden benutzt, um die Oberfläche abzudichten. Nord- und Ostböschung werde mit Kunststoffdichtungsbahn abgedichtet. Dies sei, wenn man deponietechnische Maßstäbe von heute setze, Stand der Technik.

Die Südböschung sei vor circa 15 Jahren abgeflacht worden. Hier werde zurzeit geprüft, ob sie die heutigen Anforderungen an die Standsicherheit erfülle. Nach jetzigen Untersuchungen der Umweltverwaltung sei die Südböschung damals unvollständig mit bindigem Boden abgedichtet worden.

RM Frau Welcker wendet ein, dass man auch vor 20 Jahren hätte wissen müssen, wie eine langfristige Abdeckung einer Deponie erfolgen müsse. Für sie sei nicht nachvollziehbar, weshalb nicht bereits damals mit einer Kunststoffbahn abgedichtet worden sei.

Frau-Brammen Petry nimmt dazu Stellung und beantwortet weitere Nachfragen hinsichtlich der Abdichtung.

Sie informiert darüber, dass es eine bodenschutzrechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Köln und dem damaligen Eigentümer gegeben habe, 0,5 m bindigen Boden auf die Kuppe und die Südböschung aufzubringen. Als der Ankauf des Kalkbergs in Frage stand, sei die Qualität der Kuppenabdichtung von der Umweltverwaltung geprüft worden und sie war so wie damals vereinbart. Da die Südböschung bewachsen gewesen sei, konnte dort ohne Rodungsmaßnahmen nicht geprüft werden. Jetzt habe sich im Zuge der Stabilitätsprüfungen die Gelegenheit ergeben, die Qualität der Abdichtung an der Südböschung zu überprüfen und man habe festgestellt, dass zwar teilweise bindiger Boden vorhanden sei, aber keine flächendeckende Lehmabdichtung.

Frau Brammen-Petry verweist auf die Aussage in der Mitteilung, welcher Anteil des Grundwasserschadens aus der Südböschung komme und ob diese so bleiben könne, wie sie sei. Es seien Bodenuntersuchungen und daraus wiederum eine Sickerwasserprognose durchgeführt worden. Es ergab sich ein Anteil von 2 bis 4 % der gesamten Cyanid-Fracht im Grundwasser. Daraus lasse sich nicht ableiten, dass eine Oberflächenabdichtung der Südböschung vor dem Hintergrund Grundwassergefahr erforderlich sei.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Frau Brammen-Petry und die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zu TOP 7.3 zur Kenntnis.

SE Frau Lange kommt auf den Antrag der Fraktion Die Linke zu sprechen. Sie schließt aus den Aussagen von Brammen-Petry, dass eher auf der Nordseite die Gefahrenquelle zu finden sei und betrachte es als sicherer, wenn noch an gezielten Stellen chemisch untersucht werde, was Inhalt des Berges sei.

Daher möchte die Fraktion Die Linke den Antrag aufrechterhalten.

SB Herr Dr. Albach möchte den Antrag erweitern um die Untersuchungen von Cyanat, pH-Wert und Wassergehalt.

RM Herr Brust entgegnet, dass es fachlich keinen Sinn mache, noch weitere Untersuchungen durchzuführen. Die Konsequenzen blieben die gleichen, nämlich den Kalkberg so bald wie möglich abzudecken und das Grundwasser dauerhaft zu untersuchen, um Veränderungen schnell feststellen zu können. Herr Brust begrüßt den Vorschlag der Verwaltung, die Bohrungen 1 und 3 zu analysieren. Er schlägt namens der Fraktion Bündnis90 / Die Grünen vor, noch die Bohrkerne 26, 30, 34, 37 und die Reste von 38 a dazu zu nehmen, um den Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, dass nichts vertuscht werden soll.

Frau Brammen-Petry wendet sich an Herrn Dr. Albach und weist darauf hin, dass im Rahmen der Stabilitätsuntersuchungen der Wassergehalt untersucht worden sei. Ob der Wassergehalt dieser nun schon länger lagernden Proben noch aussagekräftig sei, sei zweifelhaft. PH-Werte werden immer untersucht und hinsichtlich Cyanat, wisse sie

nicht, ob dies der Rahmenvertrag abdecke bzw. ob hier eine Aussagekraft vorhanden sei.

Es schließen sich weitere detaillierten Anfragen und Diskussionen über die Untersuchung verschiedener Bohrkerne an, zu denen Frau Brammen-Petry ausführlich Stellung nimmt.

Beigeordneter Herr Dr. Rau betont, es sei das Ziel, die Gesundheit der Menschen um den Kalkberg herum zu gewährleisten. Daher empfehle er, bei einer Antragstellung hinsichtlich weiterer Analysen zu bedenken, inwieweit die Kenntnis über die Analyseergebnisse die Verwaltung zum Handeln befähige.

Herr Peschen bietet an, kurzfristig die Sprecher oder Vertreter der Fraktionen ins Umweltamt einzuladen und anhand der Karten zu den Bohrungen Gespräche über die Nachuntersuchungen zu führen, einen Konsens zu finden und dies schriftlich festzuhalten.

Das Angebot trifft im Ausschuss auf große Zustimmung.

RM Frau Akbayir legt Wert darauf, dass die Fraktionen in Kontakt bleiben, um den Antrag eventuell noch weiter zu vervollständigen. Sie betont nochmal ausdrücklich die Kernbohrung 38.

Ausschussvorsitzender RM Herr Struwe hält fest, dass zunächst der Antrag vertagt wird, die ausgetauschten Argumente den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt werden und nach dem Termin im Umweltamt die Möglichkeit für ein gemeinsames Vorgehen bestehe.

SB Herr Dr. Albach regt an, auch einen Vertreter / eine Vertreterin der entsprechenden Bürgerinitiative zu dem Fachgespräch einzuladen

Diese Anregung trifft im Ausschuss ebenfalls auf Zustimmung.

Beschluss:

Der Antrag wird vertagt mit der Maßgabe, dass die Verwaltung die Fraktionen und zusätzlich eine/n Vertreter/in der entsprechenden Bürgerinitiative zu einem Fachgespräch einlädt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2.2 Antrag der Fraktion Die Linke betreffend Bessere Erfassung der Feinstäube in Köln AN/0298/2018

2.2.1 Bessere Erfassung der Feinstäube in Köln (AN/0298/2018) Stellungnahme zum Antrag der Fraktion Die Linke 0939/2018

RM Frau Akbayir dankt der Verwaltung für die Stellungnahme. Sie kritisiert, es sei nicht die Aufgabe der engagierten Menschen, das Land und die Stadt aus ihrer Pflicht zur Luftmessung zu entlasten und bittet die Verwaltung, die Beantwortung des LANUV, auf die sich die Stellungnahme bezieht, dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Herr Peschen betont, dass aus Sicht der Verwaltung die Punkte bewertet worden seien. Man sehe beim Thema „Feinstaub“ keine Überschreitung der Grenzwerte in Köln.

Es stehe ihm nicht an, die Systematiken des Messens und der Umsetzung von Messergebnissen von Seiten des LANUV zu kommentieren. Zum Thema „NO_x“, was ebenfalls im Ausschuss des Öfteren besprochen worden sei, biete er an, die im Stadtgebiet engagierten Akteure ins Umweltamt einzuladen und ihnen zu erklären, wann und unter welchen Rahmenbedingungen ihre Messungen tragfähig sind.

SB Herr Becker erklärt für die SPD-Fraktion, dass man dem Antrag der Fraktion Die Linke nicht folgen könne. Punkt 1 des Antrags bewerte man als positives bürgerliches Engagement. Als Entscheidungsgrundlage seien sie jedoch nicht tauglich. Er unterstütze jedoch trotzdem, dieses Engagement aufzunehmen und zu begleiten. Die Punkte 2 und 3 lehne man jedoch ab. Vielleicht könne man bei den kleineren Feinstaubpartikeln ein oder zwei Messungen initiieren.

SE Frau Lange begrüßt den Vorschlag von Herrn Peschen, die in Köln engagierten Menschen einzuladen. Sie wirbt noch einmal für die Zustimmung zu Punkt 2 und insbesondere zu Punkt 3 des Antrags, um festzustellen, wieviel ultrafeine Feinstäube, die sich fast wie Gas im Körper verhielten, sich in der Kölner Luft befinden.

Herr Peschen erläutert, dass es eines Gespräches mit dem LANUV bedarf, das die zentrale Anlaufstelle für derartige Messungen in Köln sei. Er bietet an, zu Punkt 2 und 3 des Antrags mit dem LANUV zu sprechen und anschließend im Ausschuss über das Ergebnis des Gespräches zu berichten.

RM Herr Brust pflichtet Frau Lange inhaltlich bei, was ihre Aussage zu den Feinstäuben anbelange. Er wendet jedoch ein, es sei für ihn problematisch, dass die Städte Geld ausgeben, um die Luft zu messen, ihnen jedoch keine Handhabe zur Verfügung stehe, die Luft zu verbessern. Hauptaufgabe müsse es sein, auf die Bundesregierung einzuwirken, die aus Steuermitteln Umweltprämien für neue Autos zahle (Stichwort „SUV“ und „Benziner mit Direkteinspritzung“), die mehr bzw. besonders feine Feinstaubpartikel produzierten.

SE Frau Lange teilt mit, dass die Fraktion Die Linke den Antrag zurückziehe, den Vorschlag, politisch tätig zu werden, jedoch sehr begrüße.

Abschließend fasst Ausschussvorsitzender RM Herr Struwe zusammen:

Der Antrag wird von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen.

Die Verwaltung wird entsprechend ihrer Zusagen tätig, hinsichtlich weiterer Messungen in Köln Gespräche mit dem LANUV zu führen und anschließend darüber zu berichten, wie das LANUV zu diesen Messungen steht. Außerdem lädt sie die sich hierzu engagierenden Menschen ein, um ihnen zu erklären, unter welchen Rahmenbedingungen ihre Messungen Tragfähigkeit haben.

Hierzu herrscht im Ausschuss Umwelt und Grün Übereinstimmung.

3 Kommunaler Klimaschutz

3.1 Sachstandsmitteilung zur Braunkohleverbrennung in Merkenich 1039/2018

SE Herr Ermert begrüßt, dass die RheinEnergie auch die erneuerbaren Energien aufgeführt hat. Interessant sei es, den Anteil von erneuerbarer Energie zu kennen. In der Zeitschrift „Lichtblick“ und einem Artikel des „Spiegel“ sei diese mit 10,1 % beziffert worden. Er bittet um Bestätigung.

RM Frau Welcker bewertet namens der CDU-Fraktion die Aussage der RheinEnergie als aufschlussreich und abschließend. Bestimmte Dinge ließen sich aufgrund der noch nicht bestehenden Rahmenbedingungen nicht genau festlegen. Wichtig sei jetzt, sich mit der tatsächlichen Bearbeitung des Themas zu beschäftigen.

SB Herr Dr. Albach stimmt seiner Vorrednerin zu. Er stelle sich die Frage, was dies für die Abnehmer der Wärme bedeute, wenn z. B. über Elektromobilität diskutiert werde.

SE Frau Lange entgegnet, dass aus Sicht der Fraktion Die Linke die Quote eher schlecht sei, wenn man betrachte, dass der Energiemix zwar 10,1 % erneuerbare Energien, jedoch 6,9 % Atomstrom und 82,9 % fossile Energie beinhalte. RheinEnergie könne zu 100% von Kohle- auf Gasfeuerung umstellen, was ein Gewinn für die Umwelt in Köln sei.

RM Herr Brust wendet sich an Frau Lange und verweist auf den gemeinsamen Ratsantrag, zu dem jetzt diese Stellungnahme der RheinEnergie abgegeben worden sei. Der Vorschlag, Reservekessel mit Gas zu betreiben, sei keine Kraft-Wärme-Kopplung mehr und umweltpolitisch unsinnig. Der Energiemix sei bundesweit vorgeschrieben. Tatsächlich liege RheinEnergie sogar besser als der Bundesdurchschnitt.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung zur Kenntnis.

3.2 Jahresbericht 2017 der Koordinationsstelle Klimaschutz 1050/2018

RM Herr Walter äußert, dass sich in der Mitteilung bestimmte Dinge häufig wiederholten. Als Beispiel verweist er auf Seite 6 und 7, auf der die Klimaschutzziele der Stadt Köln stehen. Die SPD-Fraktion interessiere jedoch Fakten, ob und wie die Ziele bis 2020 erreicht werden.

Auch hinsichtlich Elektromobilität seien die 18 Schnellladestationen, die eingerichtet werden sollen, keine große Anzahl, wenn man berücksichtigt, dass Köln 87 Stadtteile habe. Herr Walter kündigt an, dass die SPD-Fraktion sich Fragen zu der Mitteilung vorbehalte.

SE Herr Ermert fragt nach der CO₂-Bilanz und ob diese nicht schneller zu erstellen sei.

Frau Dr. Möhlendick erläutert, dass in der Mitteilung bereits ein kleiner Vorgriff auf die neue CO₂-Bilanz stehe. Das Umweltamt habe diese in Arbeit und werde sie in den Ausschuss bringen. Von den Zielen für 2020 sei man 300.000 t und von den Zielen für 2030 3,9 Mio. t entfernt. Selbst wenn man das komplette Fernwärmepotential in Köln ausnutzte, würde man das Ziel für 2030 nicht erreichen. Daher seien weitere und größere Anstrengungen erforderlich. Die 18 Schnellladestationen seien nur ein kleiner Baustein. Man habe den Bereich an das Dezernat VIII von Frau Blome abgegeben. Dort sei die Umstellung des städtischen Fuhrparks in vollem Gange und auch die Zahl der Ladestationen wachse.

Herr Peschen berichtet, dass der Text für die CO₂-Bilanz noch mit den Stadtwerken final abgestimmt werden müsse. Er bitte daher um Verständnis, dass er noch nicht genau sagen könne, ob die Vorlage noch vor der Sommerpause dem Ausschuss präsentiert werde.

RM Frau Akbayir verweist auf Seite 48, wo eine Organisationsstruktur in Form eines Runden Tisches erwähnt wird. Sie möchte wissen, wann dieser Runde Tisch eingerichtet ist und wer daran teilnehmen könne.

Frau Dr. Möhlendick antwortet, dass der Runde Tisch in diesem Jahr eingerichtet werde. Einige Organisationen seien bereits vorgeschlagen worden. Man werde dies genauer zusammen mit Herrn Dr. Rau planen und den Vorschlag dem Ausschuss zur Entscheidung vorlegen.

RM Herr Götz vermisst das Thema „Wasserstoff- und Brennstoffzellen“ in der Mitteilung.

SB Herr Dr. Albach stimmt seinem Vorredner zu. Er zweifle an den Prioritäten der Stadt, wenn er die Aussage von Herrn Steinkamp betrachte, nur eine bestimmte Menge von Fernwärme vorrätig zu haben und bemerkt, dass man an drei Stellen zum Teil auf Kölner Stadtgebiet, nämlich in Worringen, Leverkusen und Knappsack, Wasserstoffüberschüsse habe. Außerdem hätten alle diese Standorte und zudem Wesseling erhebliche Wärmeüberschüsse. Die Frage sei, warum bisher keiner daran gedacht habe.

Frau Dr. Möhlendick entgegnet, dass das Thema „Wasserstoff- und Brennstoffzellen“ auch gesehen werde. Man sei dabei, ein Maßnahmenprogramm für den Klimaschutz aufzusetzen und sei beim Thema „Wasserstoff“ mit „High Cologne“ vernetzt. Auch sei die Region gut aufgestellt mit den Wasserstoffbussen. In der Stadt sei jedoch Elektromobilität das vorrangige Thema. Sie nehme dies aber gerne als Anregung für den Maßnahmenkatalog mit. Auch das Thema „Wärmeüberschüsse“ habe man auf der Agenda.

Herr Dr. Rau betont, dass Wasserstoff in Zukunft eine bedeutsame Energieform sein werde. Daher begrüße er, dass am Flughafen Köln/Bonn bereits eine erste Wasserstofftankstelle stehe. Er sehe aber auch seine eigene Wirkungslosigkeit, da die KVB die Nutzung für Busse immer wieder abgelehnt habe mit dem Argument, diese Busse seien zu teuer und würden nicht funktionieren. Aktuell ändere sich dies gerade.

Herr Dr. Rau hebt hervor, dass es Wirkung zeigen werde, wenn aus dem Umweltausschuss ein starkes Votum an die städtischen Gesellschaften gehe, diese Technologie ernsthaft in den Blick zu nehmen.

Hinsichtlich der Klimabilanz ergänzt Herr Dr. Rau, dass deutschland- und weltweit die CO₂-Emissionen in fast allen Bereichen sinken, jedoch nicht im Bereich „Verkehr“. Hier gebe es eine Steigerung, was nicht nur an den Dieselfahrzeugen, sondern auch an den größeren Automotoren liege. Dieser Trend gelte auch in Köln und werde die Zielerreichung erheblich erschweren, so dass man sich fragen müsse, wie damit umzugehen sei.

RM Herr Brust stimmt der Aussage von Herrn Dr. Rau hinsichtlich des Einsatzes von Wasserstoffbussen zu. Zur Mitteilung äußert er sich enttäuscht, da dieser Bericht in der Mehrzahl aufzähle, wann welche Veranstaltungen stattgefunden hätten, aber wenig auf die aktuellen Probleme eingehe.

Als ein Beispiel nennt er den Passus auf Seite 15, in dem aufgeführt sei, dass ein Standortkonzept für E-Mobilität vorliege und die Mitteilung darüber im 1. Quartal 2018 vorgelegt werde. Bisher liege sie nicht vor und er höre nur, dass in der Verwaltung darüber diskutiert werde, ob eine Ausschreibung erforderlich sei oder nicht. Solche Fragen sollten in die Politik eingebracht werden.

Auch das Celsius-Projekt werde nicht qualitativ bewertet. In Nippes sei es gescheitert und die Förderperiode ende jetzt, so dass eine Entscheidung darüber getroffen werden müsse, wie weiter verfahren werde.

Ein weiteres Projekt sei die Stegerwaldsiedlung. Morgen finde dazu die SmartCityConferenz im Rathaus statt und Bürgerinnen und Bürger aus der Stegerwaldsiedlung hätten eine Demonstration gegen dieses Projekt vor dem Rathaus angemeldet. Herr Brust möchte wissen, was bei diesem Projekt schiefgelaufen sei.

RM Herr Walter regt an, zu den Themen eine breitere und intensivere Diskussion zu führen, wenn Daten und Fakten vorliegen, z. B. im Rahmen der Vorstellung der CO₂-Bilanz vor der Sommerpause. Er schlägt vor, dass der Ausschussvorsitzende dies in die Wege leitet.

RM Herr Götz empfiehlt, Pilotprojekte zu wasserstoffbetriebenen Fahrzeugen in anderen Bereichen der Stadt Köln zu prüfen, z. B. bei den Abfallwirtschaftsbetrieben.

Im Verlauf der weiteren Diskussion werden Fragen erörtert, die die Vor- und Nachteile wasserstoff-, brennstoffzellen- und elektrobetriebener Fahrzeuge, Mietkosten und Verbräuche in der Stegerwaldsiedlung betreffen.

Frau Dr. Möhlendick sagt einen Bericht zu den Fragen und Kritikpunkten in der nächsten Sitzung zu.

Zur Stegerwaldsiedlung erklärt sie, dass die Mietpreise von 6,50 € bzw. 7,00 € pro qm zukünftig angehoben werden müssen. Man sei sowohl mit der DEWOG, als auch mit den Mietern im Gespräch und habe eine Deckelung von unter 10 € pro qm erreicht. Für Bestandsmieter habe die DEWOG eine Miete von höchstens 9 € zugesagt. Hierin sei jedoch eine Sanierung enthalten, die nicht nur Smart oder Klimaschutz betreffe, sondern es seien auch Aufzüge und weiterer Komfort eingebaut worden.

RM Frau Welcker wirft die Frage auf, ob es gut sei, in sozialen Bereichen Projekte zu starten, die die Mieten so verteuern, dass sie sich dort keiner leisten könne. Grundsätzlich müsse man, wenn man solche Projekte anfangen, den sozialen Aspekt mit bedenken.

Im weiteren Verlauf wird die soziale Problematik, adäquaten Wohnraum zur Verfügung zu stellen intensiv diskutiert.

RM Herr Brust kritisiert, dass völlig unnötig und sinnlos Millionen von Euro ausgegeben worden seien, für Dreifachstrukturen in Form von Fernwärme, zusätzlich Blockheizkraftwerken und zusätzlich Wärmepumpen.

SB Herr Dr. Albach fragt nach den Einsparungen bei den Nebenkosten.

Frau Dr. Möhlendick sagt auch zu dieser Frage eine Beantwortung zu.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Frau Dr. Möhlendick und die umgedruckte Stellungnahme zur Kenntnis.

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

4.1 Stadtklima-/ Stadtverschönerungsprogramm 2017 - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer im Stadtbezirk Porz 0725/2018

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Porz beschließt die Verwendung der Mittel für 2017 wie in der Anlage. Hierbei sollen die Maßnahmen in der Anlage nach der vorgegebenen Priorität abgearbeitet werden, bis die freigegebene Summe 2017 erreicht ist. Für die Mittelverwendung 2018 wird die Liste fortgeschrieben mit den Maßnahmen, die noch nicht erledigt sind und neuen Maßnahmen, die dann

aus den Mitteln für 2018 finanziert werden sollen. Hierzu wird eine gesonderte Beschlussvorlage vorgelegt.

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der Mittel 2017 in Höhe von 100.000 EUR für die von der BV Porz vorgesehenen Maßnahmen, Die entsprechenden Aufwendungen wurden im Haushaltsplan 2016/ 2017 im Teilergebnisplan 1301, Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung gestellt. Die Bereitstellung der Mittel aus dem Haushaltsjahr 2017 ist im Zuge der Ermächtigungsübertragung beabsichtigt.
3. Der Ausschuss für Umwelt und Grün nimmt die Beschlussfassung zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, die Maßnahmen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.2 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2017 - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer im Bezirk Chorweiler 0823/2018

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Chorweiler hat in ihren Sitzungen am 11.05.2017 und 23.11.2017 beschlossen die vom Rat im Haushaltsplan 2016/2017 für das Haushaltsjahr 2017 bereitgestellten Mittel in Höhe von 100.000 Euro für Maßnahmen zum Stadtklima / zur Stadtverschönerung nach Maßgabe des vom Finanzausschuss vom 09.11.2015 beschlossenen Kriterienkatalogs für folgende Maßnahmen zur Verfügung zu stellen:

- Aufstellung von Bänken und Tisch inklusive Papierkörbe im Seeberger Park, Nähe Klettergerüst in Höhe Derichweilerweg, und Erstellung einer Anbindung an die beiden Hauptwege
- 15.000 Euro für den Wassererlebnispfad im Kölner Norden
- Erneuerung von Bänken, wie zum Beispiel der Rundbank und 2 normale Bänken auf dem Amandusplatz in Rheinkassel, 2 -3 neu aufzustellende Bänke am Escher See, 1-2 Bänke auf dem Feldweg in der Verlängerung des Erlenweg und 1-2 Bänke Am Köchhof, an vorhandener "Bolzwiese" in Auweiler
- Eine ca. 5 m hohe Tanne / Fichte in Auweiler auf der Grünfläche Pohlhofstraße, Ecke Doktorshof zur Nutzung als Weihnachtsbaum
- Pflegemaßnahmen für das Kriegerdenkmal in Roggendorf / Thenhoven an der Sinnersdorfer Straße
- Aufwertung des Zentrums in Alt-Seeberg am Geranienhof. Hier sollten das Hochbeet in unmittelbarer Nachbarschaft zum Spielplatz an der St. Martin-Schule und der Bodenbelag des gesamten Platzes aufgewertet oder repariert werden, sowie die Aufstellung von Spielgeräten für Kinder, das Anlegen eines Boule-Platzes und die Neugestaltung der Bepflanzung erfolgen.

Die Maßnahmen sollen in der oben genannten Priorität abgearbeitet werden, bis die freigegebene Summe 2017 erreicht ist. Für die Mittelverwendung 2018 werden ggf. noch nicht umgesetzte Maßnahmen neu priorisiert. Hierzu wird eine gesonderte Beschlussvorlage vorgelegt.

1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Beschlussfassung vorbehaltlich der Beschlussfassung des Finanzausschusses zur Kenntnis und bittet die Verwal-

tung, die Maßnahmen um-zusetzen.

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der Mittel in Höhe von 100.000 Euro für die von der Bezirksvertretung Chorweiler beschlossenen Maßnahmen. Die entsprechenden Aufwendungen stehen im Haushaltsplan 2016/2017 im Teilergebnisplan 1301 – Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Haushaltsjahr 2017 zur Verfügung. Die Mittelbereitstellung ist im Wege der Ermächtigungsübertragung beabsichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.3 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm - Bäume, Brunnen und Gewässer im Bezirk Nippes
0899/2018**

Beschluss:

1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Beschlussfassung der Bezirksvertretung Nippes zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, die Maßnahmen umzusetzen.
2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der Mittel in Höhe von 100.000 EUR für die von der Bezirksvertretung Nippes beschlossenen Maßnahmen. Die entsprechenden Aufwendungen stehen im Haushaltsplan 2018 im Teilergebnisplan 1301 – Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.4 Politische Zusetzungen für den Fachbereich Umwelt und Grün (erster Teil 2018);
hier: Mittelfreigaben im Teilergebnisplan 1301 Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft
3947/2017**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt eine Freigabe in Höhe von insgesamt 105.000 € (15.000 € für die Sicherung der Skulpturen im Rheinpark, 50.000 € für Schmuckbeete, 25.000 € als Zuschuss für den Förderverein Kölner Rheinpark e. V. für Maßnahmen zur Sicherung der Skulpturen im Rheinpark, 10.000 € zur Förderung und Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements, 5.000 € für Preisgelder des Kleingartenwettbewerbs „Bunte Gartenvielfalt“) aus Teilergebnisplan 1301 (Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen), Zeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Hj. 2018.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.5 Ersatzbeschaffung von 8 Kolonnenfahrzeugen für den Bereich "Grünunterhaltung"
hier: Bedarfsfeststellung und Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung
0741/2018**

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Grün stellt den Bedarf für die geplanten Beschaffungsmaßnahmen fest und stimmt der Einleitung des Vergabeverfahrens zu.

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 472.101,- € im Teilfinanzplan 1301 / Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 9 / Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 6700-1301-0-0100 / Beschaffungen KFZ, Hpl. 2018.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.6 Neubeschaffung von Fahrzeugen sowie Maschinen und Geräten für zwei zusätzliche Kolonnen "Straßenbegleitgrün"
hier: Bedarfsfeststellung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen
0750/2018**

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Grün stellt den Bedarf für die geplanten Beschaffungsmaßnahmen fest und stimmt der Einleitung des Vergabeverfahrens zu.

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von insgesamt 774.870,- € im Teilfinanzplan 1301 / Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 9 / Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, Finanzstelle 6700-1301-0-0100 / Beschaffungen KFZ (739.500 €), Finanzstelle 0000-1301-0-0001 / Beschaffungen beweglichen Anlagevermögens (35.370 €), Hpl. 2018.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.7 Bewerbung des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen für das Label "StadtGrün naturnah"
0967/2018**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün befürwortet die Bewerbung des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen für das Label „StadtGrün naturnah“.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

Hierzu liegt nichts vor.

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Hierzu liegt nichts vor.

7 Mitteilungen

7.1 Zustand der Schießsportanlage Hubertusweg - Kündigung des Mietvertrages 3744/2017

RM Herr Brust merkt kritisch an, dass nur eine Mitteilung erfolgt sei und der Ratsbeschluss nicht umgesetzt worden sei. Er fragt nach den Gründen.

Herr Timmer fasst die Sachlage zusammen, nach der ein Mietvertrag mit einer 5-jährigen Laufzeit und einer einseitigen Verlängerungsoption durch die Stadt Köln abgeschlossen worden sei. Langfristiges Ziel sei, dieses Gelände in den Bereich des rechtsrheinischen Grüngürtels einzufügen und die dortige Schießanlage abzureißen.

Im vergangenen Jahr seien bei einer Baumkontrolle erhebliche Schäden an der Stützmauer festgestellt worden, für deren Reparatur mit Kosten von über 100.000 € zu rechnen sei.

Hierüber habe man den geschäftsführenden Vorstand des Vereins telefonisch unterrichtet und ihm mitgeteilt, dass die Stadt die Verlängerungsoption unter dieser Voraussetzung nicht ziehen werde. Man habe dies getan, um den Verein frühzeitig in Kenntnis zu setzen und ihm die Möglichkeit zu geben, auf einer anderen Schießanlage seine Aktivitäten fortzusetzen.

Der geschäftsführende Vorstand habe bei dem Telefonat erklärt, dass er kein Interesse an der Fortführung der Schießtätigkeit auf dieser Anlage habe und die Anlage zurückgeben wolle.

Momentan sei man mit dem Verein in Kontakt, da es in der Zwischenzeit zu Unstimmigkeiten über die zuständige und verhandlungsberechtigte Person von Seiten des Vereins gekommen sei und sich eine andere Person als Verhandlungspartner vorgestellt habe.

Die Verwaltung versuche jetzt, beide Personen an den Tisch zu bekommen, um vom Verein die Aussage zu erhalten, wie er seine Aktivität fortsetzen möchte. Derzeit werde die Anlage hauptsächlich für Feiern genutzt.

Auf Nachfragen bestätigt Herr Timmer, dass die Anlage dem Verein zur kostenlosen Nutzung überlassen worden sei, beide Personen im Vereinsregister als Vorstand eingetragen seien und den Vertrag unterschrieben haben. Man werde den Ausschuss Umwelt und Grün über das weitere Vorgehen auf dem Laufenden halten.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Herrn Timmer und die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.2 Dritter "Wald für Köln" in Lindweiler
Projekt zur Klimaanpassung
0900/2018**

SE Herr Geske begrüßt grundsätzlich das Projekt, bei dem heimische Gehölze verwendet werden. Er bedauere nur, dass damit die bekannten Probleme im Offenland nicht gelöst werden, da aufgrund des Rückgangs von Äckern und Wiesen die Artenvielfalt dort stark zurückgehe.

Die Ackerflächen in Deutschland würden sehr stark unterbewertet und die Ackerflächenverluste lägen seit den 90er Jahren bei über 800.000 ha, was einer Ernährungsgrundlage für 4 Mio. Menschen entspreche. Um den Bedarf zu decken, werde Nahrung aus Übersee eingeflogen und dort wiederum Wald gerodet, was dem Nachhaltigkeitsgrundsatz widerspreche.

Herr Dr. Bauer entgegnet, dass man mit den Kollegen des Liegenschaftsbereiches verhandelt habe, um überhaupt diese Flächen zu bekommen. Die Kollegen seien sehr darauf bedacht, diese Ackerflächen zu behalten und nur in begründeten Fällen zur Verfügung zu stellen.

Ziel dieses Spenderprojektes sei nicht, Wald zu bekommen, sondern einen „Wald für Köln“ umzusetzen. Hierfür haben sich in den letzten beiden Jahren 600 Menschen aktiv eingesetzt. Er betrachte dies als einen wichtigen Beitrag zu Umwelt- und Klimaschutz, der hier im Vordergrund stehe.

Hinsichtlich der Offenlandbereiche informiert Herr Dr. Bauer, dass laut einer dem Ausschuss Umwelt und Grün vor eineinhalb Jahren vorgelegten Bilanz im Zuge der Ersatzmaßnahmen 80 % Offenlandbiotope und nur zu 20 % Wald angelegt worden seien.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Herrn Dr. Bauer und die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.3 Detailuntersuchung des Grundwassers im Umfeld des Kalkbergs
Gefährdungsabschätzung aller Wirkungspfade zur Altlast Kalkberg
0780/2018**

s. unter TOP 2.1.2.

**7.4 Förderung der Elektromobilität - Was tut die Verwaltung?
hier: Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung des
Verkehrsausschusses am 05.03.2018, TOP 5.2.3
0936/2018**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.5 Energiebericht 2017:
Verbrauchs- und Kostenstatistik 2016/Sachstand Energiemanagement-
konzept 2017
1182/2018**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

Hierzu liegt nichts vor.

9 Mündliche Anfragen

9.1 Mündliche Anfrage von Herrn Brust betreffend Asphaltierung von Fuß- und Radwegen im Äußeren Grüngürtel

RM Herr Brust erwähnt, er habe gesehen, dass im Äußeren Grüngürtel zwischen Bonner Verteiler und Brühler Straße der Fuß- und Fahrradweg neu asphaltiert worden sei. Er begrüße grundsätzlich die Reparatur des Fahrradweges. Allerdings schätze er die Breite beider Wege mit einem Grünstreifen dazwischen auf insgesamt 8 Meter Asphalt, was er für ein wenig übertrieben halte. Er habe gehört, dass dies noch in weiteren Gebieten vorgesehen sei. Herr Brust fragt, wer das beschlossen habe und warum dies so gemacht werde.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Stellungnahme zu.

9.2 Mündliche Erinnerung von Herrn Becker betreffend Terminplanung hinsichtlich Biodiversität

SB Herr Becker erinnert an die Zusage von Herrn Peschen, zur Biodiversität eine Terminplanung vorzustellen.

Herr Peschen sichert zu, dies in der Maisitzung nachzuholen.

9.3 Mündliche Anfrage von Frau Dr. von Mikecz betreffend Rodung eines Gehölzbegleitstreifens entlang der Neusser Landstraße

SE Frau Dr. von Mikecz stellt folgende mündliche Anfrage:

Der Gehölzbegleitstreifen entlang der Neusser Landstraße (B9) wurde zwischen Scarletallee und Paul-Reifenbergstrasse in der Wintersaison 2017/18 gerodet. Lediglich eine Reihe Alleebäume ist stehengeblieben. Nach aktueller Zählung sind 78 Bäume gefällt worden, darunter Baumreihen und mehr als 40 Bäume mit einem Stammdurchmesser grösser als 1,00 Meter.

Der betroffene Bereich ist Bestandteil eines Grünkorridders, der die Natur- und Landschaftsschutzgebiete im Kölner Norden vernetzt.

Wer hat die Rodung veranlasst? Von wem wurde die Rodung durchgeführt?

Welche Neupflanzungen sind in dem Bereich vorgesehen?

Liegt eine Planung vor, den Gehölzstreifen wiederherzustellen? Wann soll diese durchgeführt werden?

Zur Erläuterung wurden in der Sitzung aktuelle Fotos incl. Luftaufnahme gezeigt.

Von der Verwaltung wird eine schriftliche Beantwortung zugesagt.

**9.4 Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Albach
betreffend
Planung Grünfläche am Eifelwall**

SB Herr Dr. Albach fragt nach dem Sachstand über die Umsetzung der Planung betreffend der Grünfläche um den Eifelwall und den Neubau des Historischen Archivs. Diese sei vor etwa eineinhalb Jahren vom Ausschuss Umwelt und Grün beschlossen, dann aber aufgrund fehlender Einigung mit den dortigen Anwohnerinnen und Anwohnern gestoppt worden.

Herr Kaune sagt eine Stellungnahme zu.

gez. Rafael Christof Struwe
(Ausschussvorsitzender)

gez. Barbara Bültge-Oswald
(Schriftführerin)